

Editorial

Der Brexit als Weckruf für einen Kurswechsel in Europa

Am 23. Juni 2016 haben sich knapp 52% der britischen BürgerInnen gegen den Verbleib Großbritanniens in der EU ausgesprochen. Das „Brexit“-Votum stellt zweifellos eine historische Zäsur dar: Es ist das erste Mal in der europäischen Integrationsgeschichte, dass ein Mitgliedsstaat sich für einen Austritt aus der Union entscheidet. Der europäische Integrationsprozess ist damit nicht mehr unumkehrbar. In der EU stehen nun schwierige Austrittsverhandlungen an, die mit dem Zeitpunkt der Austrittsmitteilung durch Großbritannien (wahrscheinlich nicht mehr in diesem Jahr) beginnen und vorerst auf zwei Jahre begrenzt sind. Eine zentrale Frage wird dabei die Regelung des künftigen Zugangs Großbritanniens zum europäischen Binnenmarkt sein. Gleichzeitig wird Großbritannien um eine Beschränkung der Personenfreizügigkeit für EU-BürgerInnen bemüht sein, die eine der zentralen Forderungen der AustrittsbefürworterInnen war.

Das Votum trifft die EU in einer schwierigen sozioökonomischen Phase. Obwohl seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 auf Drängen einzelner Mitgliedstaaten und PolitikerInnen zahlreiche „Reformen“ umgesetzt wurden, um die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) krisenfester zu machen, haben sich durchgreifende Erfolge bis heute nicht eingestellt. Im Gegenteil: Auch acht Jahre nach Ausbruch der Krise ist eine grundlegende wirtschaftliche Erholung weiterhin nicht in Sicht. Besonders besorgniserregend ist der langsame Abbau der Arbeitslosigkeit – gemäß dem „unabhängigen Jahreswachstumsbericht 2016“ (iAGS) würde beim jetzigen Tempo die Arbeitslosenquote erst 2022 wieder auf den Stand von 2007 fallen. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich seit 2008 fast verdoppelt, die Jugendarbeitslosigkeit verharrt in vielen EU-Staaten auf einem weiterhin sehr hohen Niveau. Laut dem aktuellen europäischen Beschäftigungs- und Sozialbericht sind 122 Mio. Menschen – also fast jede/r Vierte der EU-Bevölkerung, davon rund 40 Mio. Kinder und Ältere – armutsgefährdet oder sozial ausgegrenzt. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die zentrifugalen Kräfte in der EU an Stärke gewinnen. Die bisherige fehlgeleitete Krisenbewältigungspolitik – die insbesondere aus strikter Sparpolitik, Lohndruck nach unten und einseitigen Wirtschaftsreformen zur Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bestand – hat

die Krise in der EU verschärft und das Vertrauen der europäischen BürgerInnen in die EU nachhaltig erodiert.

Vieles spricht aber dafür, dass die Entscheidung für den Brexit sehr stark mit der sozialen Krise in Europa zusammenhängt. In ihr kommt eine Anti-Establishment-Stimmung zum Ausdruck – ein Protest gegen die langfristigen Folgen der Globalisierung und Neoliberalisierung, verbunden mit dem Appell an die EntscheidungsträgerInnen, einen grundlegenden Kurswechsel einzuläuten und die konkreten Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Vor allem die wachsende Ungleichheit, die in vielen Ländern der Union – aber insbesondere auch in Großbritannien – seit Jahrzehnten steigt und damit zunehmend die Mittelschicht betrifft, muss in diesem Kontext thematisiert werden. Wahlanalysen zeigen, dass primär Regionen, in denen vor allem ArbeiterInnen und die untere Mittelklasse leben, für einen EU-Austritt gestimmt haben. Hingegen hat sich beispielsweise die Metropole London mit einem hohen Anteil an gut ausgebildeten und gut verdienenden Personen klar für einen Verbleib in der EU ausgesprochen.

Die Eliten werden nervös

Bestätigt wird dieser Befund dadurch, dass auch die wirtschaftlichen und politischen EntscheidungsträgerInnen zunehmend nervös werden. So hat EU-Kommissionspräsident Juncker am Tag nach der Brexit-Abstimmung in einem Interview im ZDF-Heute-Journal mit der Aussage: „... der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ist nicht nur eine mittlere Katastrophe, sondern eine vollumfängliche Katastrophe“, klare Worte für die Lage der EU gefunden. Ungewohnt einsichtig zeigte sich Juncker zudem mit der Feststellung, dass die Kommission „relativ weit von den BürgerInnen entfernt sei“ und man sich nun den sozialen Themen stärker widmen müsse.

Auch beim Treffen der FinanzministerInnen und Notenbank-Präsidenten der G20 am 23./24. Juli 2016 in Chengdu/China hat sich die Unruhe der PolitikerInnen klar gezeigt, denn die Abstimmung in Großbritannien war eines der zentralen Diskussionsthemen. Zwar gaben sich die MinisterInnen und Notenbankchefs zuversichtlich, dass die Länder der G20 gut aufgestellt seien, um die sich aus dem Brexit-Votum potenziell ergebenden wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen zu meistern. Ein Satz in der Abschlusserklärung lässt jedoch aufhorchen: „Die Vorteile des Wirtschaftswachstums müssen breiter verteilt werden, um die Inklusion zu fördern.“ Es scheint angekommen zu sein, dass angesichts der zunehmenden ökonomischen und sozialen Ungleichheit der politische Rückhalt für die Globalisierung verloren zu

gehen droht und die politischen Machtverhältnisse durch aufstrebende globalisierungskritische populistische Bewegungen ins Wanken kommen.

Dennoch wäre es verfrüht, aus der Abschlusserklärung die Ankündigung einer „Sozialdemokratisierung der Weltwirtschaft“ herauszulesen, wie dies Mark Schieritz in „Die Zeit“ zu begründen versucht. Auch die OECD hat schon wiederholt darauf hingewiesen, dass vom Wachstum der vergangenen Jahre vor allem die ohnehin schon Wohlhabenden profitiert hätten und seit der Finanzkrise die Kluft zwischen Arm und Reich sogar noch schneller gewachsen sei. Auch sie fordert daher, sicherzustellen, dass die Früchte des Wachstums jedermann zugutekommen.

Eine neue Formel ist noch kein Garant für Erfolg, wie die Europa-2020-Strategie zeigt. Die im März 2010 vom Europäischen Rat beschlossene, auf zehn Jahre ausgerichtete Strategie soll die Grundlagen für eine andere Art von Wachstum schaffen, das „intelligenter, nachhaltiger und integrativer“ ist. Diesem Anspruch ist die Strategie bis heute nicht gerecht geworden. Im Gegenteil: Mit großer Wahrscheinlichkeit werden zentrale Ziele der Europa-2020-Strategie – nämlich die Erhöhung der Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen auf 75% und die Verringerung der Anzahl der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, um mindestens 20 Mio. – nicht erreicht. Die Armut ist laut Eurostat seit 2008 per Ende 2014 um 4,8 Mio. Menschen gestiegen. Es ist nun schon fast ein Wunder notwendig, um bis zum bald bevorstehenden Jahr 2020 die Armut um fast 25 Mio. Menschen zu drücken. Die reale Situation von Millionen EU-BürgerInnen ist nach wie vor geprägt von Arbeitslosigkeit und Armut. Damit droht auch die ambitionierte Europa-2020-Strategie zu einem weiteren Beispiel leerer Versprechen auf EU-Ebene zu werden, was das Vertrauen in die EU weiter schwächen wird.

Es ist sicher wichtig, auf globaler Ebene die Verteilungsfrage zu stellen, aber auch Europa bietet den notwendigen Rahmen, um Anstöße für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu geben. Die EU verfügt über den größten Binnenmarkt der Welt, der ein wichtiger Angelpunkt für Wohlstand sein könnte und teilweise früher auch war. Auch im Zeitalter der Globalisierung werden insgesamt sieben Achtel der in der EU produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt abgesetzt, und nur ein Achtel wird in Drittstaaten exportiert.

Im Übrigen lieferte auch das zitierte G20-Treffen ein anschauliches Beispiel dafür, wie sinnvolle Reformen weiter verzögert bzw. endgültig verhindert werden, indem sie auf die globale Ebene gehoben werden. Statt sich für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über eine Finanztransaktionssteuer (FTT) auf europäischer Ebene einzuset-

zen, nutzte Finanzminister Schäuble das Treffen für eine überraschende deutsche Initiative zur Einführung einer FTT auf globaler Ebene. Er bemühte dabei das Argument, dass eine europäische Steuer allein zu wenig bringe. Damit wird der jahrzehntelange Kampf um diese von einer breiten globalen und europäischen Öffentlichkeit geforderte Steuer, die es in einer europäischen Variante eigentlich schon 2014 geben sollte, um eine weitere Facette reicher. Schäubles Vorstoß konterkariert die Bemühungen mehrerer Euro-Länder (inklusive Deutschland), eine Finanztransaktionssteuer einzuführen und damit einen international wichtigen Durchbruch zu erzielen. Es wäre ein politisch fatales Signal, wenn das Vorhaben, den Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen, nun endgültig zu scheitern drohte.

Auflösung der Währungsunion?

Mit dem Brexit gewinnt die Debatte um eine Auflösung der Währungsunion, die mittlerweile auch von Nobelpreisträgern als Lösung empfohlen wird, neue Nahrung. In seinem neuesten Buch „The Euro – How a Common Currency Threatens the Future of Europe“ (New York 2016) fordert beispielsweise Joseph Stiglitz eine dringende Reform des Euro oder dessen Abwicklung. Stiglitz reiht sich damit ein in eine Phalanx linker AuflösungsbeifürworterInnen wie Wolfgang Streeck, der mit seinem 2013 erschienenen Buch „Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus“ eine interessante Debatte zur Zukunft der WWU auslöste und den Euro als „frivoles Experiment“ bezeichnete. Streecks Plädoyer für ein Ende des Euro (das er 2015 mit den Worten: „Um die europäische Idee zu retten, muss das Monstrum der Währungsunion abgewickelt werden“, noch markanter formulierte) mündete in eine intensive öffentliche Debatte, in der auch markante Unterschiede innerhalb der Linken sichtbar werden. Fritz Scharpf und Heiner Flassbeck, auf politischer Ebene auch Oskar Lafontaine, verfechten – wenn auch oft mit anderen Begründungen und in unterschiedlichen Abstufungen – ebenfalls das Ende der Währungsunion als Möglichkeit, aus dem Beschäftigung und Sozialstaatlichkeit strangulierenden neoliberalen Korsett auszubrechen. Demgegenüber treten Peter Bofinger, Gustav Horn und viele andere fortschrittliche ÖkonomInnen für eine proeuropäische Lösung der Eurokrise ein.

Im Zuge der Auseinandersetzung um ein weiteres Hilfspaket für Griechenland im Sommer 2015 hat die Debatte über eine Auflösung der Währungsunion erneut an Fahrt gewonnen. Im Grunde geht es um die Frage: Kann es einen „linken Euro“ geben? Gibt es eine neutrale Währungsunion, die sich je nach Kräfteverhältnis sozial oder neoliberal aus-

richten lässt? Dazu gibt es auch unter ÖkonomInnen höchst unterschiedliche Meinungen, wie die interessante wissenschaftliche Debatte seit Sommer 2015 zeigt.

Ein Ende des Euro könnte neue Abwertungswettläufe und damit eine weitere Verschärfung der Krise bedeuten. Der Austritt Großbritanniens aus der EU – dessen politische, wirtschaftliche und sozialen Konsequenzen für das Land noch bei Weitem nicht absehbar sind – ist kein Beispiel für die Möglichkeit bzw. Sinnhaftigkeit einer Abwicklung des Euro. Großbritannien hat weder den Euro eingeführt, noch ist es Teil des Schengen-Raums. Der begrenzten Vertragsänderung zur Einrichtung eines dauerhaften Stabilisierungsmechanismus (ESM) für die Eurozone hat Großbritannien zwar zugestimmt, beteiligt sich selbst aber nicht daran. Großbritannien unterliegt auch nicht dem Fiskalpakt.

Zentrale Eckpunkte einer europäischen Reformagenda

Der Brexit könnte sich als Chance für ein neues Europa erweisen, wenn die richtigen Lehren gezogen werden. In der Erklärung der EU-27 vom 29. Juni 2016 in Reaktion auf das Ergebnis der Abstimmung heißt es, dass die europäischen BürgerInnen bessere Ergebnisse erwarten, „wenn es darum geht, Sicherheit, Beschäftigung und Wachstum zu gewährleisten und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben“. Das ist richtig, aber noch keine konkrete Antwort.

Es mangelt nicht an großen Entwürfen, wie die EU weiterentwickelt werden könnte. Unmittelbar nach dem Votum sind mehrere Manifeste präsentiert worden, die zeigen, dass gewisse Eliten den Brexit durchaus als Weckruf interpretieren. Das ist wichtig und ermutigend. Aber angesichts der divergierenden Positionen der Mitgliedstaaten ist nicht zu erwarten, dass hier rasch Fortschritte erzielt werden, die den bisherigen Kurs der Vertiefung radikal ändern würden. Es sei denn, eine Gruppe von Mitgliedstaaten würde im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit neue Wege wagen. Das ginge allerdings nicht ohne Deutschland, dessen Politik für den prekären Zustand der WWU mitverantwortlich ist.

Realpolitisch sinnvoll wäre es, sich auf Vorhaben zu konzentrieren, für deren Umsetzung bei entsprechendem Willen rasch die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden könnten. Dazu zählen die Ausweitung der öffentlichen Investitionen, eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik und eine Stärkung des sozialen Europa – verstanden als klares Signal an die EU-BürgerInnen, dass ihre Sorgen um Arbeitsplätze und soziale Sicherheit im Mittelpunkt stehen. Gleichzeitig sollte die seit 2012 laufenden Debatte über die Vollendung der Wirtschafts-

und Währungsunion (WWU), die mit dem im Juni 2015 vorgelegten Bericht der fünf Präsidenten eine Fortsetzung erfährt, von einem Projekt der Eliten zu einem wirklich umfassenden politischen Projekt unter Einbindung aller relevanten Kräfte der Gesellschaft aufgewertet werden. Konkrete Ansatzpunkte für derartige Vorhaben liegen auf der Hand:

Was Europa jetzt besonders braucht, sind klare Signale für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik, um den innereuropäischen Prozess der politischen und sozialen Auseinanderentwicklung zu stoppen. Dazu ist es notwendig, den bisherigen Austeritätskurs zu beenden, zumal diese Politik selbst von IWF-ÖkonomInnen mittlerweile kritisch hinterfragt wird. Die Stärkung der Binnennachfrage muss zur Richtschnur der EU-Politik werden. Auch die Kommission betont im Warnmechanismusbericht 2016, dass angesichts des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds „das Wachstum ... nun stärker auf die Binnennachfrage, vor allem auf eine deutlichere Investitionsbelebung angewiesen (ist)“.

So begrüßenswert es ist, dass die Europäische Kommission im Jahreswachstumsbericht 2016 erneut einen Investitionsschwerpunkt setzt, so wenig berechtigt ist ihr Optimismus, dass mit der nunmehr beschlossenen Investitionsoffensive für Europa „die Investitionstätigkeit nachhaltig wieder auf das Niveau vor der Krise angehoben werden“ kann. Das angepeilte Volumen des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) ist – selbst wenn es erreicht wird, was fraglich erscheint – zu gering, um deutliche Effekte in der Konjunktur und am Arbeitsmarkt zu erreichen. Zudem stellt es hauptsächlich auf private Investitionen ab.

Jetzt muss es darum gehen, die fiskalpolitischen Vorgaben auf europäischer Ebene umgehend investitionsfreundlicher zu gestalten, um eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen zu ermöglichen. Erste Vorschläge der Kommission in diese Richtung gibt es, aber sie reichen bei Weitem nicht aus. Die von der Kommission vorgeschlagene und angewandte Flexibilisierung des SWP bringt bei näherer Betrachtung in der Praxis kaum neue Spielräume. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre jedoch eine substanzielle Ausweitung der Investitionsklausel, sodass zumindest durch den EFSI kofinanzierte öffentliche Investitionen ausnahmslos möglich wären. Dadurch sollen Investitionen gefördert werden, die eine stärkere Ressourcen- und Umweltschonung sowie die soziale Fortentwicklung der Gesellschaft unterstützen.

Das Zugeständnis der EK, bei der Anwendung des SWP die budgetären Konsequenzen „des außergewöhnlichen Flüchtlingszustroms“ zu berücksichtigen, ist ein richtiger Schritt, kann aber weitere Schritte nicht ersetzen. Gerade die Flüchtlingsproblematik, die tiefe Gräben in und

zwischen den EU-Mitgliedstaaten gezogen hat, ist ein zusätzliches Argument für die Notwendigkeit einer deutlichen Investitionsbelebung.

Zweifelloos wäre diese Herausforderung in einem stabilen konjunkturellen Umfeld leichter zu bewältigen. Um dies zu erreichen, muss zum Ersten der budgetäre Spielraum für öffentliche Investitionen durch die Flexibilisierung der Fiskalregeln im Wege der Einführung einer goldenen Investitionsregel geschaffen werden. Wie Achim Truger in seiner neuen Studie gezeigt hat, könnte die Wirtschaftsleistung der Euro-12-Staaten 2020 um 3,5% höher sein, würden diese die goldene Investitionsregel in der Form umsetzen, dass sie ihre Nettoinvestitionen schrittweise bis zu einem Maximalwert von 1,5% des BIP steigern (jeweils um 0,5% des BIP). Zum Zweiten sollten alle Mitgliedsländer der Währungsunion koordiniert ihre Investitionen erhöhen, weil dadurch die Multiplikatorwirkung auf Nachfrage und Beschäftigung potenziert würde. Jene Mitgliedstaaten, die haushaltspolitisch einen größeren Spielraum haben – insbesondere Deutschland –, sollten die Initiative übernehmen.

Schon in den Jahren vor Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 haben die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Eurozone international bisher unbekannte Ausmaße angenommen. Eine wesentliche Ursache für diese Ungleichgewichte liegt in den lohnkostenbedingten Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten. Es sind keine ökonomischen Studien erforderlich, um zu erkennen, dass angesichts der europäischen Verflechtungen die lohnkostenseitige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in einem Land zwangsläufig zu einer lohnkostenseitigen Verschlechterung der anderen Mitgliedstaaten/Handelspartner führen muss. Diese Entwicklung ist insofern brisant, als mehrere Studien übereinstimmend zu dem Ergebnis kommen, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Euroraum lohngetrieben ist. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Eurozone insgesamt ein viel weniger offener Wirtschaftsraum ist als die einzelnen Mitgliedsländer derselben. Notwendig ist eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, welche kollektivvertragliche Lohnsteigerungen und Anhebungen der gesetzlichen Mindestlöhne vorsieht, die sich am mittelfristigen Trend der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität und am Preisstabilitätsziel der EZB orientieren. Das erfordert eine entsprechende lohnpolitische Koordinierung im Euroraum, für die rasch die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden sollten.

Das Vorhaben zur Schaffung einer europäischen Säule sozialer Rechte könnte rasch durch ein soziales Aktionsprogramm konkretisiert werden, mit dem u. a. soziale Mindeststandards im Arbeits- und Sozialrecht weiter ausgebaut werden. Zum Beispiel könnten mit verbindli-

chen Mindeststandards für die Arbeitslosenversicherungssysteme der Mitgliedstaaten konkrete soziale Verbesserungen erzielt werden. Entscheidend für die Verwirklichung eines sozialen Europa ist ferner, dass die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping in der EU verstärkt wird. Auch das EU-Budget muss sich viel stärker als bisher an den sozialen Herausforderungen in Europa orientieren. Damit dies gelingt, muss der Europäische Sozialfonds deutlich aufgestockt werden. Damit könnte unter anderem eine Beschäftigungsinitiative für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen finanziert werden. Ebenso wichtig für den sozialen Zusammenhalt in Europa ist es, den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu verstärken. Die Jugendbeschäftigungsinitiative, von der bisher schon 1,3 Mio. junge Menschen in Europa profitiert haben, muss unbedingt fortgesetzt und ausgeweitet werden.

Elementar wichtig, sofort umsetzbar und für Millionen EU-BürgerInnen der Beweis, dass die Staats- und Regierungschefs aus der krisenhaften Entwicklung der letzten Jahre die richtigen Lehren ziehen können, wären endlich konkrete Ergebnisse in der Steuerpolitik – bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuervermeidung, bei der Schließung von Steueroasen, bei der Umsetzung der Finanztransaktionssteuer und effektiver Maßnahmen zur europaweiten Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen, Kapitaleinkünften und Vermögen. „Jedes Jahr entgehen den Mitgliedstaaten durch aggressive ‚Steuerplanung‘ seitens der Unternehmen zwischen 100 und 240 Mrd. Euro an Steuern. Sich für ein gerechteres Steuersystem einzusetzen, stellt aber nicht nur eine Möglichkeit dar, die öffentlichen Einnahmen beträchtlich zu steigern – es ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit“, sagte der EP-Präsident in seiner Rede vor dem Europäischen Rat, und es sind sattsam bekannte Zahlen, die zudem wahrscheinlich noch unterbewertet sind. Zum Vergleich: Der Juncker-Investitionsplan soll für den Zeitraum von drei Jahren Investitionen in Höhe von jährlich ca. 100 Mrd. Euro mobilisieren.

Klare neoliberale Mehrheiten auf EU-Ebene erschweren Wende

Seit Ende der 1970er-Jahre dominieren auf EU-Ebene fast durchgehend wirtschaftsliberale Kräfte in der EU-Gesetzgebung. Egal ob im Europäischen Parlament, im Rat oder in der Europäische Kommission: Der liberal-konservative Flügel gibt seit fast vierzig Jahren den Ton an, lediglich Anfang der 2000er-Jahre gab es ein Intermezzo des linken Flügels.

Während zwanzig der letzten vierzig Jahre verfügte dieser Wirtschaftsflügel sogar in allen drei EU-Institutionen über komfortable ab-

solute Mehrheiten. So waren zwischen 2004 und 2014 mehr als drei Viertel der EU-KommissarInnen konservativen oder liberalen Parteien zuzuordnen. Auf Ebene des Rates dominierten die Wirtschaftskräfte in diesem Zeitraum mit teilweise gewaltigen Mehrheiten: Von den Stimmgewichtungen der einzelnen Länder ausgehend, verfügten allein die VertreterInnen der Europäischen Volkspartei auf Ebene der Staats- und Regierungschefs über bis zu 77% der Stimmen, ergänzt von rund 3% Stimmen aus dem liberalen Lager. Auch im vom Volk direkt gewählten Europäischen Parlament gab es in diesem Zeitraum komfortable Mehrheiten von bis zu 55% für das liberal-konservative Lager.

Dem linken, vor allem aus sozialdemokratischen, linken und grünen Kräften zusammengesetzten Flügel gelang es in den letzten vierzig Jahren kein einziges Mal, in diesen drei EU-Institutionen eine absolute Mehrheit zu erringen. Nur einmal Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre konnte der linke Flügel in Rat und Kommission eine knappe absolute Mehrheit erringen, wurde jedoch von einer konservativen Mehrheit im Europäischen Parlament blockiert.

Die letzten vierzig Jahre konnte der konservativ-liberale Flügel seine neoliberale Politik fast ungestört durchziehen. Trotz leichter Einbußen bei den letzten Wahlen hat der Wirtschaftsflügel im Rat und in der EU-Kommission nach wie vor eine absolute Mehrheit, im Europäischen Parlament mit einem Stimmenanteil von rund 48% beinahe eine absolute Mehrheit.

Es ist daher sehr zu bezweifeln, dass es nun zu einer grundlegenden Abkehr von der bisher betriebenen EU-Politik kommt. Dennoch bleibt die Hoffnung, dass es zumindest punktuell zu einem Überdenken der bisherigen neoliberalen Positionen kommt. Positiv ist zumindest die von der Kommission in jüngster Zeit betriebene Initiative, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen und Steueroasen zurückzudrängen. Während die Kommissionsentscheidung, von Apple 13 Mrd. Euro an Steuergeldern einzufordern, Mut gibt, zeigen jedoch die Steueroasen der EU – beispielsweise Irland und die Niederlande –, dass der Widerstand gegen Änderungen weiterhin groß ist.

Ein grundlegender Paradigmenwechsel mit einem Abgehen von der angebotsseitigen hin zu einer nachfrageorientierten Politik, wie es weltweit immer mehr ÖkonomInnen fordern, ist jedoch nach wie vor und trotz Brexit nicht abzusehen.